

DIAS–Analyse

Nr. 24 • März2008

Dominik Kneer

Länderanalyse Indonesien

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Dominik Kneer

Der Autor studiert Rechtswissenschaft an der Universität Bonn und ist am Institut für Öffentliches Recht bei Prof. Dr. Matthias Herdegen beschäftigt. Von März bis April 2007 war er im Rahmen des Berufskollegs für Internationale Politik und Wirtschaft im Länderbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jakarta tätig.

Der Verfasser ist erreichbar unter dkneer@web.de

Dominik Kneer
Länderanalyse Indonesien, DIAS-Analyse Nr. [NUMMER], [Monat Jahr]
Düsseldorf, Mai 2007

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© [Jahr], Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

Länderanalyse Indonesien	1
Einführung	1
Innenpolitische Entwicklung	2
Aussenpolitische Angelegenheiten	3
Sozioökonomische Entwicklung	4
Ausblick / Prognose	5

Länderanalyse Indonesien

Einführung

Die amtliche Bezeichnung Indonesien lautet „Republik Indonesia“. Hauptstadt und Regierungssitz ist Jakarta im Westen der Insel Java. Jakarta hat etwa 9 Millionen Einwohner, der Großraum Jabotabek etwa 23 Millionen. Staatsoberhaupt der Präsidentialrepublik Indonesien ist seit 2004 Susilo Bambang Yudhoyono (SBY). Die offizielle Währung sind indonesische Rupien und Amtssprache ist die malayo-polynesischsprachige Bahasa Indonesia (Indonesisch). Daneben gibt es allerdings eine Vielzahl lokaler Dialekte wie z.B. javanischer oder sundanesischer Dialekt.

Indonesien ist geographisch betrachtet ein großer Archipel in Südostasien, welcher eine Gesamtausdehnung von 1,9 Millionen km² umfasst und aus über 17.000 Inseln besteht von denen allerdings nur etwa tausend permanent bewohnt sind. Die Fläche Indonesiens beträgt in der Ost-West-Ausdehnung 5.150 km und in der Nord-Süd-Ausdehnung 1.771 km. Die Gesamtlänge der Küsten beträgt 81.350 km. Wirtschaftliches und politisches Zentrum ist die Insel Java.

Die Bevölkerungsgröße Indonesiens liegt bei 245 Millionen Menschen und die jährliche Wachstumsrate beträgt etwa 2 %. Dies macht Indonesien gemessen an der Bevölkerungszahl zum viertgrößten Land der Erde (nach China, Indien und den USA). Am dichtesten besiedelt ist die Insel Java mit etwa 120 Millionen Menschen auf 6,6 % des Staatsgebiets. Indonesien ist ein Vielvölkerstaat dessen Bevölkerung sich aus folgenden ethnischen Gruppen zusammensetzt: Javanesen (45 %), Sundanesen (14 %), Maduresen (7,5 %), Malayen (7,5 %) und andere z.B. Chinesen, Inder, Europäer etc. (26 %). Die am weitesten verbreitete Religion ist der Islam (rund 88 % der Bevölkerung sind Muslime). Dies macht Indonesien zum größten muslimischen Land der Welt. Weitere offiziell anerkannte Religionsgemeinschaften sind die Protestanten (5 %), Katholiken (3 %), Hinduisten (2 %) und Buddhisten (1 %). Daneben ist der Konfuzianismus de facto anerkannt.¹

Der Beginn des indonesischen Reformationsprozesses „reformasi“ lässt sich wohl am besten am Rücktritt des Präsidenten Suharto festmachen. Dieser hatte mit Hilfe der Armee 1966 die Macht in Indonesien übernommen und die autokratische Herrschaft der „New Order“ errichtet. Suharto wurde sieben Mal von einem Wahlmännergremium wiedergewählt. Erst als im Zuge der Asienkrise das indonesische Bankensystem 1997 zusammenbrach und sich die wirtschaftliche Lage erheblich verschlechterte, zwangen Massenproteste Suharto zum Rücktritt. Sein Nachfolger wurde der damalige Vize-Präsident Habibie.

Seitdem befindet sich Indonesien in einem Demokratisierungsprozess. 1999 gab es die ersten freien Wahlen eines neuen nationalen Parlaments, der Provinzparlamente und der Kreisvertretungen. Die verfassungsgebende Versammlung (Majelis Permusyawaratan Rakyat, MPR) wählte Abdurrahman Wahid zum Präsidenten, dieser wird jedoch 2001 seines Amtes enthoben und durch die bisherige Vizepräsidentin Frau Megawati Soekarnoputri abgelöst. Im Jahre 2002 gibt es in Indonesien eine große Verfassungsreform, welche u.a. die Einführung der Direktwahl des Präsidenten vorsieht. Gewinner dieser ersten direkten Präsidentschaftswahlen am 20. September 2004 war Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), welcher somit das erste direkt gewählte Staatsoberhaupt eines muslimischen Landes ist.

¹ Diese Angaben entstammen folgenden Quellen:

CIA / The World Factbook: <https://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/id.html>.

Auswärtiges Amt / Länderinformation: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Indonesien.html>.

Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft:

http://www.deginvest.de/DE/Home/Regionen/Laender_und_Schwerpunkllaender/Indonesien.jsp.

Deutsch-Indonesische Industrie- und Handelskammer, EKONID, Keyfacts Indonesia:

http://www.ekonid.com/GER/index_theme.php?id=keyfacts.

Innenpolitische Entwicklung

Indonesien ist eine Präsidentialrepublik. Der Präsident ist also der Regierungschef und ernennt und entlässt die Minister. Seit 2004 werden Präsident und Vizepräsident direkt vom Volk für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Auch das Mandat der 550 im Parlament (Dewan Perwakilan Rakyat, DPR) vertretenen Abgeordneten umfasst einen Zeitraum von fünf Jahren. Die Parlamentarier wurden am 5. April 2004 in 69 Wahlkreisen per Verhältniswahlrecht gewählt. Vor dieser Wahl konnten auch das Militär und die Polizei ein festes Kontingent an Abgeordneten stellen, diese Vorgehensweise wurde aber mit Einführung der Direktwahl abgeschafft. Die indonesische Parteienlandschaft ist zersplittert. Derzeit sind 16 Parteien im Parlament vertreten, wo bei sich allerdings eine Führungsrolle der PDI-P und der Golkar-Partei abzeichnet. Beide Parteien hatten bei den Wahlen 2004 ungefähr 20 % der Stimmen erhalten.

Indonesien gliedert sich in 33 Provinzen, von welchen zwei, Yogyakarta und Aceh, einen Sonderstatus genießen. Darüber hinaus ist Jakarta der Hauptstadtbezirk. Repräsentiert werden die Provinzen seit 2004 in der Regionalkammer (Dewan Perwakilan Daerah, DPD). Jede Provinz entsendet unabhängig von ihrer Größe zwei Abgeordnete. Die Regionalkammer überwacht und unterstützt die Ausübung der Provinzautonomie. Die Provinzen haben eigene Parlamente, welche einen Gouverneur zum Provinzoberhaupt wählen.

Unter der Verwaltungsebene der Provinzen ist das Land in 440 Distrikte (kabupaten) unterteilt. Letztere haben mit Beginn der Implementierung der Dezentralisierungsmaßnahmen am 1. Januar 2001 eine erhebliche Aufwertung innerhalb der Verwaltung erfahren. Zwar haben die dortigen Councils keine eigenen Gesetzgebungsbefugnisse, jedoch sind sie ermächtigt, durch Verordnungen nationale Gesetze zu konkretisieren. Die Kompetenz erstreckt sich jedoch nur auf bestimmte Bereiche wie z.B. lokale Steuern, Religion und Bildung.

Mit Blick auf das Verhältnis von Staat und Religion ist zu konstatieren, dass die Mehrheit der indonesischen Bevölkerung zwar Muslime sind, Indonesien selbst aber kein islamischer Staat ist. Während der Beratungen zur Verfassung von 1945 gab es zwar Versuche einiger muslimischer Führer, den Islam als Staatsreligion verfassungsrechtlich zu verankern; diese scheiterten jedoch und stattdessen wurde Pancasila als Staatsideologie ausgerufen. Grundlage allen staatlichen Handelns sollen demnach die fünf folgenden Säulen sein: 1) Glaube an einen Gott, 2) Achtung der Menschenwürde, 3) nationale Einheit, 4) Demokratie durch Konsens und 5) soziale Gerechtigkeit. Dieser Ideologie folgend gewährleistet die indonesische Verfassung in Art. 29 Religionsfreiheit, welche allerdings auf die fünf anerkannten Religionen beschränkt ist.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit von Islam und Demokratie in Indonesien wurden jedoch in letzter Zeit vor allem von ausländischen Beobachtern Bedenken geäußert. Anlass hierzu war unter anderem eine Art „Kulturkampf“ um die indonesische Ausgabe des Playboy. Die indonesische Zentrale des Magazins wurde Ziel eines Anschlags und gegen den Herausgeber wurde Anklage wegen unzüchtigen Verhaltens erhoben. Diese hatte jedoch keinen Erfolg. Der Anklagte wurde von dem Gericht in Jakarta in allen Punkten freigesprochen. Vor diesem Hintergrund wurde auch ein Entwurf des geplanten Anti-Pornographiegesetzes kontrovers diskutiert. Dabei erfasst der Begriff der Pornographie im Kontext dieses Gesetzes auch das Tragen von schulter- oder bauchfreien Oberteilen in der Öffentlichkeit und stellt dies z.T. unter drakonische Strafen.²

Bedenklicher als diese sicher sehr öffentlichkeitswirksame Diskussion ist jedoch der steigende Einfluss der Sharia auf die Gesetzgebung, welcher durch den angesprochenen Dezentralisierungsprozess begünstigt wurde. Die Auslegungskompetenz in Bezug auf nationale Gesetze im Bereich Religion nutzen einige Provinzen dazu, moralische Postulate in ein gesetzliches Gewand zu hüllen. Als Konsequenzen seien hier beispielhaft Strafsanktionen für Alkoholgenuß sowie Kleidungs Vorschriften für Frauen genannt. Die Ankündigung der Regierung, solche Verordnungen auf ihre Verfassungsmäßigkeit zu überprüfen, ist bisher ohne Folgen geblieben.

² Eschborn, Norbert: „RUUAP oder Kulturkampf auf Indonesisch“, abrufbar unter: http://www.kas.de/proj/home/pub/64/1/year-2006/dokument_id-8622/index.html

Dabei stellt diese Konfrontation von religiösen Wertvorstellungen und demokratischen Strukturen im indonesischen Kontext eine Ausnahme dar. Gerade die muslimischen Massenorganisationen, wie z.B. Nadhlatul Ulama und die Muhammadiyah, stützen den demokratischen Staat und fördern einen toleranten Dialog. Es waren auch diese beiden Gruppen, die die Inkorporation der Sharia in die Verfassung ausdrücklich ablehnten.

Darüber hinaus ist das innenpolitische Geschehen häufig geprägt durch die Sezessionsbestrebungen einzelner Gruppen. So entschied sich Timor-Leste im August 1999 per Referendum für die Unabhängigkeit und schied nach einigen blutigen Zwischenfällen aus dem indonesischen Staatsverband aus. Im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses im Jahr 2002 wurde den Provinzen Aceh und Papua ein Sonderautonomiestatus eingeräumt. Gerade in der Provinz Aceh gab es jedoch immer wieder Konflikte mit der Separatistengruppe „Bewegung freies Aceh“ (Gerakan Aceh Merdeka, GAM). Diese Situation veränderte sich durch den Tsunami, der am 26. Dezember 2004 durch ein Seebeben vor Sumatra ausgelöst wurde und circa 220.000 Menschen das Leben kostete. Angesichts dieser Naturkatastrophe zeigten beide Seiten erneute Gesprächsbereitschaft. Dies mündete am 15. August 2005 in der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU), wodurch auf die friedliche Beilegung dieses Konfliktes hingearbeitet werden soll.

Weitere Konfliktherde bleiben die Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen in Zentralsulawesi / Poso und auf den Molukken. Zwar wurden in diesen Regionen bereits Friedensabkommen geschlossen, jedoch gibt es immer wieder Berichte über gewaltsame Zwischenfälle.

Aussenpolitische Angelegenheiten

Indonesien befindet sich nicht in einem bewaffneten Konflikt mit einem anderen Staat. Wichtigstes Ziel der außenpolitischen Agenda ist die Förderung der regionalen Integration innerhalb der Association of South East Asian Nations (ASEAN). Im Rahmen dieses Zusammenschlusses sollen neben den traditionell starken wirtschaftlichen Zielen in Zukunft auch die Bildung einer Sicherheitsgemeinschaft (ASEAN Security Community) sowie einer sozio-kulturellen Gemeinschaft eine Rolle spielen. Die Erklärung von Kuala Lumpur zur ASEAN Charter, welche die bisherigen Abkommen der Mitgliedsstaaten zusammenfassen soll, nennt ebenfalls die Verbreitung von Menschenrechten und Demokratie in dieser Region als Ziel.³ Laut Außenminister Hassan Wirayuda soll Indonesien in diesem Prozess eine Führungsrolle übernehmen.⁴

Die Themen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung rücken in der ASEAN und in der indonesischen Außenpolitik immer stärker in den Vordergrund. So setzt sich Indonesien innerhalb des ASEAN Regional Forum (ARF) zusammen mit 15 weiteren Partnern aus Europa, Asien, Nordamerika und dem Pazifik für präventive Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie gegen internationale Kriminalität ein.

Neben der Mitgliedschaft in der „Asia Pacific Economic Cooperation (APEC), welche vorwiegend wirtschaftspolitische Zwecke verfolgt, bemüht sich Indonesien auf der bilateralen Ebene die Beziehungen zu den herausragenden Wirtschaftsmächten dieser Region China, Japan und Indien zu verbessern. Das Verhältnis zu Australien und den USA hat sich durch deren umfangreiche Hilfsmaßnahmen in der Folgezeit des Tsunami weiter entspannt. Ein weiterer wichtiger Partner ist die EU, welche Indonesien durch zahlreiche Kooperationsprojekte unterstützt. Diese Beziehung ist institutionalisiert durch die Asia Europe Meetings (ASEM).

Zudem strebt Indonesien eine stärkere internationale Profilierung an und ist - neben den bereits erwähnten - Mitglied in folgenden internationalen Organisationen: UNO und UN-

³ Kuala Lumpur Declaration on the Establishment of the ASEAN Charter, abrufbar unter: <http://www.aseansec.org/18030.html>. Die Ausformulierung der Charter soll bis zum nächsten ASEAN Gipfel in Singapur 2007 abgeschlossen sein.

⁴ Vgl. Jakarta Post vom 9. Jan. 2007: „RI to push human rights in ASEAN Charter“.

Sonderorganisationen (FAO, UNICEF, WHO, Weltbank, IWF, UNESCO, ESCAP, UNDP, IAEO, IAO), informelle "G 20", Asiatische Entwicklungsbank (ADB), OPEC, Colombo-Plan, UNCTAD, Islamische Konferenz (assoziiert), Blockfreien Bewegung sowie WTO.⁵

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Indonesien sind gut. Auch Deutschland beteiligte sich durch Entsendung eines Bundeswehrkontingentes an der Post-Tsunami-Bewältigung und der damalige Außenminister Fischer besuchte die Region Aceh nach der Naturkatastrophe zweimal.

Indonesien ist Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Diese Kooperation besteht bereits seit den 1950er Jahren und macht Deutschland gemessen an den empfangenen Leistungen in diesen Bereich zum zweitgrößten Partner Indonesiens nach Japan. Gemeinsam mit den indonesischen Partnern wurden die folgenden drei Themenschwerpunkte festgelegt: Gesundheit (vor allem HIV-Prävention), Wirtschaftsreform und Transport (Erhöhung der Mobilität der einkommensschwachen Bevölkerung).⁶

Sozioökonomische Entwicklung

Indonesien, welches oft auch als einer der kleinen Tiger bezeichnet wird, erlebte vom Ende der 1980er Jahre bis zur Asienkrise einen starken Aufschwung. Letztere hat die Nation jedoch nachhaltig erschüttert und auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Tsunami aus dem Dezember 2004 sind immer noch spürbar. Als Problemfelder lassen sich Armut, Arbeitslosigkeit, mangelhafte Infrastruktur, schlechtes Investitionsklima und ungleiche Ressourcenverteilung zwischen den Provinzen benennen.

Das Bruttoinlandsprodukt Indonesiens für das Jahr 2006 beträgt kaufkraftbereinigt circa 935 Milliarden US Dollar. Dies entspricht einem BIP von ungefähr 3800 US Dollar pro Einwohner. Das BIP verteilt sich wie folgt auf drei Sektoren: Agrarwirtschaft 13.1%, Industrie 46 % und Dienstleistungssektor 41 %. Für das Jahr 2006 beträgt das Wirtschaftswachstum 5.4 %. Die Arbeitslosenquote in Indonesien liegt bei 12.5 %.⁷ Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind zwischen 15 und 24 Jahren alt. Aufgrund ihrer schlechten oder fehlenden Ausbildung können sie nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Es besteht die Gefahr, dass sie auf Dauer arm bleiben. Insgesamt leben in Indonesien mehr als 110 Millionen Menschen von weniger als zwei Dollar am Tag.

In Indonesien gibt es zahlreiche Rohstoffvorkommen wie z.B. Erdgas, Kohle, Bauxit, Gold und Silber. Obwohl Indonesien durch einen Rückgang der jährlichen Fördermenge trotz reicher Vorkommen zu einem Nettoölimporteur geworden ist, bleibt es aufgrund anderer Ressourcen (Erdgas, Kohle) weiterhin Nettoenergie-Exporteur. Als wichtige Wirtschaftssektoren sind vor allem die fertige Industrie, der Agrarbereich sowie der Tourismus zu nennen. Rund zwei Drittel der Wirtschaftsleistung Indonesiens werden im informellen Sektor erwirtschaftet.⁸

Die deutsch-indonesischen Handelsbeziehungen sind gut. Das Handelsvolumen umfasste im Jahr 2005 ein Volumen von 3,851 Mrd. Euro, wobei die Handelsbilanz einen Überschuss zugunsten Indonesiens aufwies. Trotz der noch nicht lange zurückliegenden Tsunami-Katastrophe befindet sich die Wirtschaft auf einem Konsolidierungskurs.

⁵ Vgl. hierzu Auswärtiges Amt / Länderinformation Indonesien, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Indonesien.html>.

⁶ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Länderinformation Indonesien: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/indonesien/index.html>.

⁷ Diese Zahlen entstammen CIA / The World Factbook / Indonesia / Economy: <https://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/id.html>.

⁸ Vgl. hierzu Auswärtiges Amt / Länderinformation Indonesien, abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laender/Indonesien.html>

Ausblick / Prognose

SWOT – Analyse

Strengths

Indonesien ist trotz der weiten Verbreitung des Islam kein islamischer Staat, sondern eine der größten Demokratien dieser Erde und das größte muslimische Land. Daher kommt Indonesien eine Modellfunktion für die Vereinbarkeit von Islam und demokratischen Strukturen zu. Obwohl von der Asienkrise 1997 schwer getroffen, befindet sich Indonesien auf dem Kurs einer wirtschaftlichen Konsolidierung. So wuchs das BIP stetig seit 2001. Weltpolitisch wird dieser Prozess flankiert von einer Wiedererstarkung Indonesiens auf dem internationalen Parkett. Vor allem regional in der ASEAN, aber z.B. auch innerhalb der UNO, zeichnet sich Indonesien durch sicherheitspolitisches Engagement aus. Dadurch wurde die Fähigkeit gewonnen, auf die internationale Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen. Diese Faktoren sind als Stärken zu sehen.

Weaknesses

Unter dem Punkt Schwächen lässt sich der mangelnde parlamentarische Rückhalt der Susilo Bambang Yudhoyono anführen. Dieser zwingt die Regierung dazu immer wieder Zugeständnisse an kleinere Parteien zu machen, welche die anvisierten Reformvorhaben oft kritisch betrachten. Weiterhin stellen Naturkatastrophen in Indonesien immer eine Bedrohung dar. Dabei ist der Tsunami von 2004 kein Einzelfall, sondern vielleicht eher das aufgrund der Medienberichterstattung prominenteste Beispiel. In den Jahren 2006 und 2007 gab es weitere Katastrophen, darunter ein großes Erdbeben in der Nähe von Yogyakarta, einen Industrieunfall in Sidoarjo, welcher eine Art Schlammvulkan verursachte sowie eine starke Flut in Jakarta. Diese Ereignisse verursachten große Schäden und der Wiederaufbau ist noch nicht abgeschlossen. Dies lähmt – wie auch die in letzter Zeit zunehmenden Unfälle im Bereich „public transport“ - die wirtschaftliche Erholung Indonesiens.

Opportunities

Außenpolitisch wird Indonesien die Möglichkeit haben, seine wiederbelebte Rolle weiter auszubauen. Dies vor allem durch die stärkere Einbeziehung von Dialogpartnern in die ASEAN. Dabei handelt es sich vor allem um regionale Schwergewichte wie China, Japan und Südkorea. Dadurch erfährt die ASEAN insgesamt einen Bedeutungszuwachs, den auch Indonesien für sich nutzen kann.

Die wirtschaftlichen Ziele der SBY-Regierung sind sehr ehrgeizig. Durch den Abbau von Ölpreissubventionen konnte der Staatshaushalt entlastet werden. Die freiwerdenden Ressourcen sollten nun verstärkt zur Überwinden der strukturellen Schwächen Indonesiens z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur verwendet werden.

Threats

Ein mögliches Bedrohungsszenario für die Demokratie in Indonesien könnte mit dem Stichwort „Islamisierung“ zusammengefasst werden. Es ist zu beobachten, dass extremistische Gruppierungen wieder stärker aktiv sind. Besonders bemerkenswert ist aber in jüngster Zeit der stärker werdende Einfluss des Islams auf die Gesetzgebung. So erfuhren im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses der Verwaltungsstrukturen in Indonesien, insbesondere durch die Gesetze Nr. 25/1999 und Nr. 34/2000, die Distrikte und Städte als unterste Verwaltungseinheiten einen Kompetenzzuwachs. Zwar haben die dortigen Councils keine eigenen Gesetzgebungsbefugnisse, jedoch sind sie ermächtigt, durch Verordnungen nationale Gesetze zu konkretisieren. Es lassen

sich auf der Distriktebene nun eine ganze Reihe Regelungen identifizieren, welche von der Scharia inspiriert wurden oder als islamisch gefärbt betrachtet werden können. In der Provinz Aceh, also eine Verwaltungsebene höher, findet das Recht der Scharia, wie in dem Gesetz zum Sonderautonomiestatus dieser Region geregelt, unmittelbare Anwendung. Dadurch werden z.B. Bürger, welche nicht den Koran lesen können (also alle Nicht-Muslime) von den Wahlen ausgeschlossen und auch die Prügelstrafe eingeführt. Dieser Prozess beschränkt sich noch auf einige vereinzelte Distrikte und die erwähnte Provinz Aceh, jedoch sollte er nicht unterschätzt und frühzeitig gegengesteuert werden.

DIAS-Analysen

- 1 Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 August 2003
- 2 Rouven Klein
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas Oktober 2003
- 3 Michaela Hertkorn
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen) November 2003
- 4 Heiko Borchert
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task Dezember 2003
- 5 Heiko Borchert / Daniel Maurer
Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future Januar 2004
- 6 Marc Houben
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management Juli 2004
- 7 Michaela Hertkorn
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq August 2004
- 8 Dimitrios Argirakos
Die Bush-Doktrin November 2004
- 9 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South November 2004
- 10 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht. November 2004
- 11 Dustin Dehéz / Babak Khalatbari
Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft Februar 2005
- 12 Marwan Abou-Taam
Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft Februar 2005
- 13 Roman Schmidt-Radefeldt
Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? April 2005
- 14 Henrike Paepcke
Another U.N. Secretary-General soon Decapitated? Mai 2005
- 15 Babak Khalatbari
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft Juni 2005
- 16 Dustin Dehéz
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea September 2005

17	Cornelia Frank Polens Sicherheitspolitik in der Transformation	Oktober 2005
18	Dustin Dehéz Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen	Oktober 2005
19	Glenn Gassen Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)	April 2007
20	Marwan Abou-Taam Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs	Mai 2007
21	Rana Deep Islam Education in Afghanistan - A Requirement for Assuring Security an Development	November 2007
22	Kludia Köhn Die Republik Tschechien	Februar 2007
23	Florian Schröder Die Republik Polen	März 2008
24	Dominik Kneer Länderanalyse Indonesien	März 2008
25	Stefanie, Magin; Michael Schwarz Internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Asylpolitik westlicher Länder	März 2008

DIAS ANALYSEN stehen über www.dias-online.org zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2007, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org